Ostfalia
Hochschule für angewandte
Wissenschaften

Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften
Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
Fakultät Recht
Brunswick European Law School

Pressespiegel 2003

Pressespiegel 2003

Januar

10.01.2003	Internet-Recht für Unternehmer	(Computerwoche)	

März

11.03.2003	Krieg gegen Bagdad würde den Fundamentalismus stärken Interview mit Prof. Dr. Asghari	(Braunschweiger Zeitung)	1
21.03.2003	Fachhochschule: Ministerium will Anfang April entscheiden	(Goslarsche Zeitung)	
24.03.2003	Fachhochschule: Minister sagt schnelle Prüfung zu	(Goslarsche Zeitung)	
27.03.2003	Liberale für die Fachhochschule	(Goslarsche Zeitung)	
28.03.2003	Fachhochschule: Sigmar Gabriel setzt auf Kooperation	(Goslarsche Zeitung)	
31.03.2003	Der Rat und die Fachhochschule	(Goslarsche Zeitung)	

April

02.04.2003	Fachhochschule: Rat visiert September 2004 als Starttermin an	(Goslarsche Zeitung)	
03.04.2003	CDU-Gespräch mit Minister über Fachhochschulstandort	(Goslarsche Zeitung)	
04.04.2003	Fachhochschule: CDU vertraut auf Wulffs Wort	(Goslarsche Zeitung)	
07.04.2003	FH als Nagelprobe für CDU	(Goslarsche Zeitung)	
11.04.2003	FH: Nein aus der CDU Wolfenbüttel	(Goslarsche Zeitung)	
12.04.2003	Dekan Dr. Huck bliebe wohl am liebsten hier	(Braunschweiger Zeitung)	2
14.04.2003	Fachbereich mit Wolfenbüttel eng verbunden	(Wolfenbütteler Schaufenster)	3
16.04.2003	Erste AbsolventInnen im Fachbereich Recht	(Pressemitteilung der FH)	

Mai

06.05.2003	E-Government-Tagung in Salzgitter	(Pressemitteilung der FH)	

08.05.2003	FH erhält Europäisches Dokumentationszentrum	(Braunschweiger Zeitung)	4
09.05.2003	Per Mausklick durchs Amt	(Braunschweiger Zeitung)	
09.05.2003	Europäisches Dokumentationszentrum eröffnet	(Pressemitteilung der FH)	
10.05.2003	Schönes Schild für ehemaliges Kasino Seite 2	(Braunschweiger Zeitung)	5-6
11.05.2003	Ein Stück Europa an der Fachhochschule angesiedelt	(Wolfenbütteler Schaufenster)	7
21.05.2003	Goslar: CDU pocht auf Fachhochschule	(Braunschweiger Zeitung)	
Juni			
27.06.2003	Goslar zu einem attraktiven Hochschulstandort entwickeln	(Mitteilung des Fachbereichs Recht)	8
Juli			
Juli 2003	Eine Woche voller Samstage? Anmerkungen zum Gesetz zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten an Samstagen von Prof. Dr. Martin Müller	(NVwZ 2003, Heft 7)	
02.07.2003	Vor der FH-Entscheidung: Hirschbold-Brief an Regierungschef	(Goslarsche Zeitung)	
02.07.2003	Der Fredenberg geht ins Netz	(Braunschweiger Zeitung)	
03.07.2003	Goslar - (k)eine Stadt für Studierende?	(Pressemitteilung der FH)	
07.07.2003	MP Wulff vermied bei Parteitag konkrete Aussage zu FH-Standort	(Goslarsche Zeitung)	
11.07.2003	FH-Entscheidung erneut vertagt	(Goslarsche Zeitung)	
18.07.2003	Kehrtwende des FH-Präsidiums	(Goslarsche Zeitung)	
24.07.2003	Chef/in gesucht	(Die Zeit)	
August			

August 2003	Prof. des Fachbereichs Recht für die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) der UNO in Brasilien	(Mitteilung des Fachbereichs Recht)	9
22.08.2003	Wolfenbütteler Professor bei J. Arafat	(Mitteilung des Fachbereichs Recht)	10-12
29.08.2003	"Stadt auf Rädern" zur FH-Demo vor dem Landtag	(Goslarsche Zeitung)	
September			
September 2003	Die Internet-Zeitschrift für Rechts-Informatik "JurPC" veröffentlicht eine Sonderausgabe mit Beiträgen von Prof. Dr. Matthias Pierson zum UWG-Reformentwurf Synopse zum aktuellen Regierungsentwurf für ein neues UWG Tatbestandsmerkmale der neuen Generalklausel § 3 UWG-E Schnellübersicht UWG-Entwurf	(JurPC)	
04.09.2003	Goslar: Derzeit keine Chance für Fachhochschule	(Braunschweiger Zeitung)	13
05.09.2003	FH-Äußerungen ein Sturm im Wasserglas	(Goslarsche Zeitung)	
05.09.2003	Vision trifft Realität - "Kommunale Praktiker" diskutierten über Internettechnologien in der Verwaltung	(Braunschweiger Zeitung)	
06.09.2003	FH-Demo: Wirtbel an allen Fronten	(Goslarsche Zeitung)	
10.09.2003	Gabriel zur FH: "So kann man mit Goslar nicht umgehen"	(Goslarsche Zeitung)	
11.09.2003	FH: "Kein Zynismus bei Landtagsgrünen"	(Goslarsche Zeitung)	
12.09.2003	Gegenwind für FH-Demo	(Goslarsche Zeitung)	
13.09.2003	FH-Werbung auf dem Fußballplatz	(Goslarsche Zeitung)	
15.09.2003	Hirche: Thema Fachhochschule "noch unentschieden"	(Goslarsche Zeitung)	
16.09.2003	Countdown für FH-Demo läuft	(Goslarsche Zeitung)	
17.09.2003	MP Wulff: Klares Bekenntnis zur FH	(Goslarsche Zeitung)	
18.09.2003	Wulff: "Ich bin weiterhin für Goslar" Foto	(Hannoversche Allgemeine Zeitung)	14
18.09.2003	"Wir brauchen mehr und nicht weniger Studienplätze"	(Braunschweiger Zeitung)	

18.09.2003	400 Goslarer demonstrieren vor Landtag für Fachhochschule	(Braunschweiger Zeitung)	15
18.09.2003	Rund 500 Teilnehmer bei FH-Demo	(Goslarsche Zeitung)	
18.09.2003	FH-Demo in Hannover	(Goslarsche Zeitung)	
25.09.2003	GWG-Geschäftsführer: "Studentisches Wohnen in Goslar" diente nicht Standortentscheidung, sondern Klärung von Grundsatzfragen	(Goslarsche Zeitung)	
30.09.2003	FH: Goslarer beim Regierungschef	(Goslarsche Zeitung)	
Oktober			
02.10.2003	Entscheidung blieb aus: Derzeit keine Mehrheit für Fachhochschule	(Goslarsche Zeitung)	
07.10.2003	Hoffnungsschimmer für eine Goslarer FH	(Goslarsche Zeitung)	
09.10.2003	FH-Demo: Gabriel und "Sweety Glitter and the Sweethearts" wollen Signal setzen	(Goslarsche Zeitung)	
10.10.2003	FH-Demo: Treffpunkt um 15.30 Uhr an Sammelstellen	(Goslarsche Zeitung)	
11.10.2003	Nur 600 demonstrierten für Fachhochschulstandort	(Goslarsche Zeitung)	
21.10.2003	FH-Resolution der Senioren	(Goslarsche Zeitung)	
22.10.2003	Kabinett Wulff kürzt 1100 Stellen an den Unis	(Hannoversche Allgemeine Zeitung)	
23.10.2003	SPD-Unterbezirksvorstand kritisiert CDU/FDP-Landesregierung: Benachteiligung des Harzes	(Goslarsche Zeitung)	
23.10.2003	Wulff zeigt Härte	(Hannoversche Allgemeine Zeitung)	
24.10.2003	Chinesische Delegation bittet Fachbereich Recht um Unterstützung	(Mitteilung des Fachbereichs Recht)	16
November			
07.11.2003	Versammlung der Freunde und Förderer der Hochschulausbildung in Goslar: Warten auf konkrete Aussagen	(Goslarsche Zeitung)	

07.11.2003	2. Deutsch-chinesisches Wirtschaftsrechtssymposium "Erfolg in China: Recht, Wirtschaft und Kultur"	(Pressemitteilung der FH)	17-19
12.11.2003	Projekt KMU-Management - eine neue Chance für Existenzgründer	(Pressemitteilung der FH)	

Dezember

08.12.2003	Kooperation mit Universität in Australien verbessert internationale Berufschancen	(Pressemitteilung der FH)	

DER IRAK-KONFLIKT

„Krieg gegen Bagdad würde den Fundamentalismus stärken“

Wissenschaftler plädiert für die gewaltlose Entmachtung Saddam Husseins

Von Reinhard Brennecke

„Ich habe als Jugendlicher die von Ajatollah Chomeini ausgelöste iranische Revolution erlebt und weiß, was Anti-Amerikanismus ist.“ Fast beschwörend fügt Dr. Reza Asghari im Gespräch mit unserer Zeitung hinzu: „Ein militärischer Alleingang der Vereinigten Staaten gegen das Regime in Bagdad würde dem islamischen Fundamentalismus in der gesamten Nahost-Region einen gefährlichen Schub geben und ihn zu einer Massenbewegung machen.“ Im Sog der Radikalisierung könnten gemäßigte, pro-westliche Regierungen wie in Ägypten nicht nur an Einfluss verlieren, sondern hinweggefegt werden, warnt der 42-Jährige, der in Salzgitter lebt.

Asghari, Prodekan an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel und Professor für Betriebswirtschaftslehre, ist „nicht prinzipiell gegen militärische Aktionen“. Es bedürfe aber einer Analyse des jeweiligen Einzelfalls: Das Vorgehen der USA in Afghanistan hält der gebürtige Iraner für gerechtfertigt, „weil das Taliban-Regime und die El-Kaida-Organisation Osama bin Ladens eine Einheit bildeten“, die den Terror gegen die USA auf ihre Fahnen geschrieben und dann mit den Anschlägen des 11. September 2001 in New York und Washington grausam vollzogen hätten.

Professor Reza Asghari. Foto: privat

Im Irak hingegen gebe es diese Verschmelzung zwischen Staat und fundamentalistischen Gruppierungen nicht. Asghari: „Man muss die Ebenen sauber auseinanderhalten. Dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush geht es erklärtermaßen um den Sturz eines menschenverachtenden Diktators und die Vernichtung seines Waffenarsenals, nicht um die Bekämpfung des islamisch getarnten Terrors im Rahmen einer internationalen Koalition.“ Die Beseitigung eines brutalen Systems liege aber nicht im Ermessen nur einer Nation, „mag es auch die Supermacht USA sein“, sondern könne – nach entsprechender Einschätzung des Gefahrenpotenzials – allein von der Uno beschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund plädiert der Wissenschaftler für eine rasche Ausweitung der UN-Waffeninspektionen und die Intensivierung aller diplomatischen Bemühungen zur gewaltlosen Entmachtung Saddam Husseins. Noch bestehe durchaus eine Chance, auf diesem Weg zum Erfolg zu kommen, „ohne die arabische Welt in unverantwortlicher Weise zu provozieren“.

Das Beispiel seiner Heimat Iran zeige, dass „Demokratisierung nicht vom Himmel fällt“, sondern ein langwieriger Prozess sei, der zudem mit den religiösen Grundsätzen des Islam übereinstimmen müsse. Für die Entwicklung im Nahen Osten ist es nach Auffassung Asgharis von entscheidender Bedeutung, dass der Irak-Konflikt nicht auf eine militärische Ebene reduziert wird: „Wir müssen den Dialog der Kulturen fördern und kooperieren, wo immer dies möglich ist.“ Ein Krieg gegen Bagdad könnte einen Krieg der Religionen nach sich ziehen – „mit unabsehbaren politischen und ökonomischen Folgen“.

Auszug aus der "Braunschweiger Zeitung, Wirtschaft" vom 12.04.2003

Die ersten Absolventen der Fachhochschule im Studiengang Wirtschaftsrecht, vorn links Dekan Prof. Dr. Winfried Huck. Foto: Frank Wöstmann

Dekan Dr. Huck bliebe wohl am liebsten hier

Erste Diplomfeier Wolfenbütteler Wirtschaftsjuristen

WOLFENBÜTTEL. Mit kritischen Tönen verband Prof. Dr. Winfried Huck die Verabschiedung der ersten Wirtschaftsjuristen von der Fachhochschule (FH) Braunschweig/Wolfenbüttel, die gestern in der Kommisse stattfand. Die Mitarbeiter der FH fühlten sich angesichts ständig neuer Informationen, wo der Fachbereich Recht künftig angesiedelt sein solle, wie auf einem Verschiebebahnhof, meinte der Dekan des Fachbereichs.

„Man weiß gar nicht, ob man sich nun wünschen soll, der Zug möge sich bald in Bewegung setzen – oder eben gerade nicht", sagte Huck, der für einen Standort in der Nähe Braunschweigs plädierte. Zwar sprach er den Namen der Stadt Goslar nicht offen aus, würde aber im Zweifel offenbar Wolfenbüttel den Vorzug vor der Harzstadt geben.

13 Studierende sind die ersten Absolventen an der FH, die fortan den Titel Diplom-Wirtschaftsjurist/juristin (FH) tragen dürfen. Bei der ersten Diplomfeier des im Jahre 2000 gegründeten Fachbereichs Recht beglückwünschte der Vizepräsident der FH, Volker Küch, die Absolventen zu ihrer Leistung. „Sie haben in den vergangenen vier Jahren manche Hürde genommen", sagte er und würdigte vor allem die große Praxisnähe der Ausbildung: Durch ein Semester in Betrieben sei zu erwarten, dass der Praxisschock der Berufsanfänger nicht allzu groß sein werde.

Wolfenbüttels erster stellvertretender Bürgermeister Heinz-Rainer Bosse – selbst Absolvent der hiesigen FH – bezeichnete es rückblickend als „hervorragende Bereicherung des Angebots an der Fachhochschule", dass dort 1999 „Wirtschaftsrecht" eingeführt wurde. „Ich bin sicher, dass sie nun das Rüstzeug erworben haben, um dem vor ihnen liegenden Berufsleben gewachsen zu sein", meinte Bosse. „Sie haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken."

Der Bedarf jedenfalls scheint vorhanden zu sein. Zumindest zwei der Absolventen hatten schon vor ihrer Diplomfeier einen Arbeitsvertrag in der Tasche. Ihre Diplome erhielten: Stephan Becker, Markus Cämmerer, Carolin Gille, Rainer Goral, Tobias Hartwig, Marc Mißling, Arnd Mommsen, Annika Rostalski, Christian Welz, Nico Widdecke, Susanne Wille, Britta Winkler und Svenja Wüppelmann. fw

▸ WIRTSCHAFT

Auszug aus der Zeitung "Wolfenbütteler Schaufenster" vom 13.04.2003

Diplomfeier der ersten Diplom-Wirtschaftsjuristen der Fachhochschule:

Fachbereich mit Wolfenbüttel eng verbunden

Wolfenbüttel. Fünfzehn Studierende des Studienganges „Wirtschaftsrecht" haben es geschafft: Sie sind die ersten Absolventen an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, die fortan den Titel „Diplom-Wirtschaftsjurist (FH)" tragen dürfen. Der Vizepräsident der FH Braunschweig/Wolfenbüttel, Diplom-Ingenieur Volker Küch, betonte, dass die FH den Studenten das nötige Rüstzeug für das kommende Berufsleben mitgegeben habe.

Ähnlich formulierte dies auch der Dekan des Fachbereichs, Professor Dr. Winfried Huck: Die FH habe die Schwimmbewegungen gezeigt, schwimmen müssten die Studenten jetzt alleine. Vier Jahre liegen hinter den Studierenden. Im Sommersemester 1999 wurde der in der Studienlandschaft noch junge Studiengang „Wirtschaftsrecht" am Standort Wolfenbüttel eingerichtet; ein Jahr später erfolgte die Gründung des Fachbereichs Recht, der inzwischen einen zweiten Studiengang, „Recht der Informationstechnologie und der Kommunikationswirtschaft", anbietet.

Der Fachbereich sei ein Kind der Stadt Wolfenbüttel und nicht wenige wären froh, wenn er in der Lessingstadt verbleiben würde. „Man sollte nicht nur über, sondern auch mit dem Fachbereich sprechen", kritisierte Dr. Huck die derzeit laufende Diskussion über die Ausgliederung nach Goslar. Derzeit fühlten sich viele wie auf einem „Verladebahnhof".

Die Diplom-Wirtschaftsjuristen zeichnen sich durch ihre Mischqualilfikation aus, die sich aus dem Aufbau des Studienganges mit 60 Prozent Rechtswissenschaften, 30 Prozent Wirtschaftswissenschaften und zehn Prozent Schlüsselqualifikationen ergibt.

Wolfenbüttels stellvertretender Bürgermeister Heinz-Rainer Bosse betonte, dass der Fachbereich eine Bereicherung des Studienangebots sei. Musikalisch ausgestaltet wurde die Diplomfeier von „The Jazzsters". thr

Die erste Diplomfeier des Fachbereichs Recht der FH Braunschweig/Wolfenbüttel fand am Freitag in der Kommisse statt.

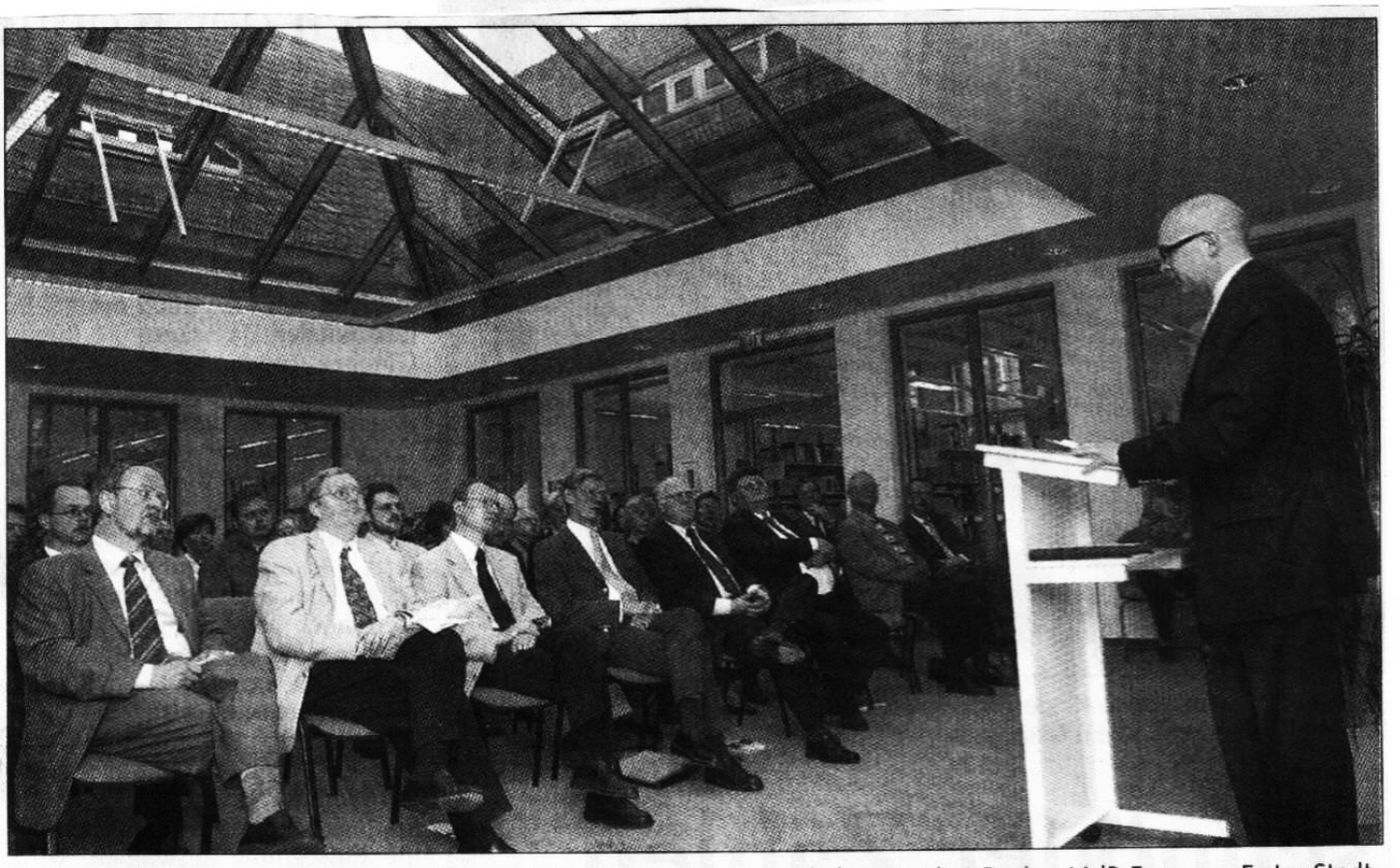
FH erhält Europäisches Dokumentationszentrum

WOLFENBÜTTEL. Die Europäische Kommission hat im vergangenen Jahr der Fachhochschule (FH) Braunschweig/Wolfenbüttel den Status eines Europäischen Dokumentationszentrums (EDZ) zuerkannt.

Nachdem der Aufbau des Grundbestandes zügig vorangetrieben worden war, soll das EDZ am Freitag, 9. Mai, 9.30 Uhr, in der Hochschulbibliothek, Am Exer 8, im Rahmen der Europawoche offiziell seiner Bestimmung übergeben werden. Das EDZ ist ein wichtiges Element der Informationspolitik der Europäischen Kommission. Es gewährleistet, dass die Dokumente und Publikationen der EU nicht nur für Forschung und Lehre, sondern auch für alle anderen Interessenten frei zugänglich sind. Die hiesige FH ist bundesweit erst die zweite FH, der ein EDZ zuerkannt wurde.

Schönes Schild für ehemaliges Kasino

Fachhochschule in Wolfenbüttel ist jetzt Europäisches Dokumentationszentrum – Regale und Datenbanken



Im überdachten Innenhof des ehemaligen Offizierskasinos (vorn von links): Landrat Drake, MdB Fromme, Erster Stadtrat Ulrich Willems, Festredner Rex und FH-Präsident Dr. Umbach. Am Pult Dekan Dr. Huck. Foto: Frank Wöstmann

Von Frank Wöstmann

WOLFENBÜTTEL. Äußerlich ist sie unverändert, die Bibliothek der Fachhochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel Am Exer. Doch seit gestern hängt ein schönes neues Etikett dran: „Europäisches Dokumentationszentrum" steht auf dem Schild. Gemeint ist ein etwa 100 Quadratmeter großer Raum, dessen Regale sich langsam füllen.

Das neue Schild ist aber schon das einzig Schöne, wenn man sich dem Gebäude nähert. „Sie geben mir wahrscheinlich Recht", sagte der Präsident der Fachhochschule, Prof. Dr. Wolf-Rüdiger Umbach, zur Begrüßung. „Dieses Haus ist von Innen viel freundlicher als von Außen." Leider verhindere die Denkmalpflege, dass an dem ehemaligen Offizierskasino auch nur der (mausgraue) Anstrich verändert werde.

Diese Tatsache störte den Präsidenten aber nicht in seiner Freude über das neue Dokumentationszentrum (EDZ). Er bedankte sich ausdrücklich für das Engagement des hiesigen Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad Fromme (CDU) und der Göttinger Europaabgeordneten Erika Mann (SPD). Nur durch diese beiden sei es überhaupt gelungen, die Einrichtung nach Wolfenbüttel zu holen. Doch auch mit dieser Schützenhilfe dauerte es fast fünf Jahre vom Antrag bis zur Eröffnung.

„Segensreiche Einrichtung"

Dr. Umbach prophezeite, dass „alle Fachbereiche von dieser segensreichen Einrichtung profitieren werden". Doch nicht nur Studierende sollen auf die nun gegründete Sammlung von Gesetzestexten und allen möglichen Veröffentlichungen zurückgreifen können. Zur Eröffnung waren auch Vertreter von Schulen, Behörden, Anwaltskanzleien und Banken eingeladen. Sie alle dürfen an die Regale. Oder sie nutzen online den freien Zugang zu verschiedenen EU-Datenbanken.

Dass auf diesem Gebiet eine inzwischen nahezu unüberschaubare Fülle von Informationen geboten wird, wurde in den folgenden Wortbeiträgen deutlich. Prof. Dr. Winfried Huck, Dekan des Fachbereichs Recht, berichtete von einer „Flut von Rechtsvorschriften", die mittlerweile auch das tägliche Leben durchdrungen habe. Fromme bestätigte, dass in Wirtschaft, Forschung und Alltag das europäische Recht immer wichtiger werde. „Die europäische Familie wird bunter – und die Fragen zu unserem Umgang miteinander werden vielfältiger", sagte Landrat Burkhard Drake. Antworten auf diese Fragen seien künftig auf verständliche Weise in Wolfenbüttel zu haben.

Wolfenbüttel, Rand der EG

Aus Sicht der Bibliothek kamen Brigitte Walter (Leiterin Dokumentation) und Prof. Dr. Achim Rogmann (Leiter Lehre und Forschung) zu Wort. Brigitte Walter berichtete vom „erheblichen Papierausstoß" durch die EU. „Jeden Tag kommt ein Paket per Post, allein 70 Zeitschriften gehören zum Pflicht-Abonnement." Während bislang jede Veröffentlichung in den elf Amtsspra-

chen der Mitgliedsländer gedruckt werden müsse, würden es nach der geplanten Erweiterung gar 20 Amtssprachen sein. Dr. Rogmann erinnerte daran, dass die Europäische Gemeinschaft noch kürzlich gleich hinter Wolfenbüttel zu Ende war. „Keine Frage: Wir leben in einer spannenden Zeit der Integration."

Festredner Alexander Graf von Rex, stellvertretender Leiter der Europaabteilung der Niedersächsischen Staatskanzlei, überraschte mit einer Zahl: „Allein die Anlagen des Ratifizierungsverfahrens umfassen 6000 Blatt Papier." Auch sie werden jetzt in Wolfenbüttel dokumentiert.

Geöffnet: Montag bis Donnerstag, 9 bis 18 Uhr, Freitag, 9 bis 15 Uhr.

▸ WIRTSCHAFT

Festredner und Ehrengäste stellten sich nach dem Festakt dem Gruppenfoto.

Europäisches Dokumentationszentrum „Am Exer 8" eröffnet:

Ein Stück Europa an der Fachhochschule angesiedelt

Wolfenbüttel. „Die EU-Erweiterung bringt viele Fragen mit sich. Wer Antworten auf seine Fragen finden will, sich mit den Perspektiven oder der Geschichte der Europäischen Union (EU) beschäftigen möchte, der benötigt sachgerechte Informationen über die EU, ihre politischen Programme und Schwerpunkte", so Landrat Burkhard Drake anlässlich der feierlichen Eröffnung des Europäischen Dokumentationszentrums (EDZ) am Freitag in der Fachhochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel (FH).

Das EDZ ist ein wichtiges Element der Informationspolitik der Europäischen Kommission. Es gewährleistet, dass die Dokumente und Publikationen der EU nicht nur für Forschung und Lehre, sondern auch für alle Interessierten frei zugänglich sind. Das EDZ wird von der Europäischen Kommission mit allen grundlegenden Veröffentlichungen ausgestattet, zum Beispiel mit dem Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, den KOM-Dokumenten sowie den Schriftenreihen einzelner Generaldirektionen. Darüber hinaus gewährleistet die EU dem Dokumentationszentrum – und damit seinen Nutzern – freien Zugang zu verschiedenen EU-Datenbanken.

Wolfenbüttel ist neben Fulda die zweite FH in der Bundesrepublik, die über ein EDZ verfügt. Dem Vertragsabschluss über die Errichtung des EDZ waren intensive und mehrjährige Verhandlungen vorausgegangen. FH-Präsident Professor Dr. Wolf-Rüdiger Umbach dankte deshalb dem Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad Fromme und der Europa-Abgeordneten Erika Mann, „die sich beide sehr für die Realisierung des EDZ eingesetzt haben" sowie dem FH-Vizepräsidenten und Dekan des Fachbereichs Recht, Professor Dr. Winfried Huck, dem letztendlich der Durchbruch mit der Genehmigung des EDZ durch eine Vielzahl von Gesprächen auf politischer Ebene gelang.

In der Errichtung des EDZ sieht Bundestagsabgeordneter Fromme einen besonderen Vertrauensbeweis der Europäischen Kommission: „Ein Europäisches Dokumentationszentrum bekommen sonst nur größere Einrichtungen."

An der Genehmigung und Errichtung des EDZ maßgeblich beteiligt war auch Professor Dr. Winfried Huck, Vizepräsident der FH und Dekan des Fachbereichs Recht. „Als Dekan bin ich froh und dankbar, dass ein Stück Europa an unserer Fachhochschule angesiedelt werden konnte. Es besteht die Chance, das EDZ als Aktivposten für die Region zu begreifen und nutzbar zu machen." Geleitet wird das EDZ von Diplom-Bibliothekarin Brigitte Walter (Bereich Dokumentation) und Professor Dr. Achim Rogmann (Bereich Lehre und Forschung).

Im Anschluss an die Grußworte hielt Alexander Graf von Rex den Festvortrag „Der Europäische Verfassungskonvent aus der Sicht des Landes Niedersachsen". Der Vortrag setzte sich unter anderem mit den anstehenden tiefgreifenden Veränderungen der Europäischen Union im Hinblick auf den politischen und rechtlichen Zusammenschluss von zurzeit 15 europäischen Staaten auseinander: „Damit meine ich nicht nur die geopolitische Entwicklung. Wie Sie wissen, laufen zurzeit die Ratifikationsverfahren zum Beitritt von zehn weiteren europäischen Staaten zur Europäischen Union. Diese werden hoffentlich im Frühjahr nächsten Jahres abgeschlossen sein, so dass wir im Juni nächsten Jahres in 25 europäischen Staaten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments direkt wählen können. Über diese geografische Änderung hinaus bedarf es dringend einer integrationspolitischen Fortentwicklung der Europäischen Union. Hierüber berät derzeit der Konvent zur Zukunft der EU. Über diese Beratungen möchte ich Ihnen berichten." (Vortrag im Internet unter www.fh-wolfenbuettel.de/pr).

Wolfenbüttler Schaufenster vom 11.05.03

27.06.2003

Goslar zu einem attraktiven Hochschulstandort entwickeln

Preise im Wert von 1.500 Euro überreichte der Geschäftsführer der Goslarer Wohnstättengesellschaft mbH (GWG), Ehrhard Meyer, am 27. Juni drei Studierenden des Fachbereichs Recht. Die Studierenden hatten sich an einer im April dieses Jahres durchgeführten Befragung beteiligt und konnten sich nun über ein Notebook, einen Palm sowie einen Büchergutschein freuen. Die Befragung erzielte einen Rücklauf von 69 Prozent. 280 Studierende hatten einen Fragebogen erhalten.

Nach Beschluss des Fachhochschulentwicklungsprogramms durch die Landesregierung zu Beginn des Jahres 2003 gab die GWG die Befragung in Auftrag. Ziel waren Erkenntnisse darüber, wie die Studierenden als neue Nachfragergruppe an einem zukünftigen Hochschulstandort Goslar optimal bedient werden könnten. Dabei wurden Fragen zur derzeitigen Wohnsituation, den generellen Wohnpräferenzen als Studierender, der Mietzahlungsbereitschaft, der Bewertung/Einschätzung der Stadt Goslar, der Einstellung zum Umzug des Fachbereichs nach Goslar und der Umzugsmotivation behandelt.

Neben Erkenntnissen zur derzeitigen Wohnsituation der Studierenden ergab die Befragung, dass der Umzug des Fachbereiches mehrheitlich als schlechte Entscheidung beurteilt und Goslar als Wohnstandort für Studierende als nicht geeignet empfunden wird. Ein relativ einheitliches Bild der Studierenden ergab sich hinsichtlich des Images der Stadt Goslar. Goslar wird als ruhig, verschlafen, abseits gelegen und historisch bedeutsam angesehen. Im Bewusstsein der Studierenden hat Goslar den Status einer "Rentnerstadt". Vorzüge stellen aber die geschichtliche Bedeutung und die saubere, erholsame Umgebung dar. Die Befragung zeigte auch, dass das Einzugsgebiet des Fachbereiches Recht nördlich und westlich von Wolfenbüttel liegt, so dass eine Verlagerung des Fachbereiches nach Goslar für die Mehrheit der Studierenden eine weitere Entfernung von ihrem jetzigen Wohnort bedeutet. Die Studierenden sind mehrheitlich zufrieden mit ihrer derzeitigen Wohnsituation und daher einem Wohnortwechsel eher abgeneigt. Goslar ist daher gemeinsam mit Stadt und Fachhochschule als attraktiver Studienstandort zu entwickeln und entsprechend darzustellen.

von links: Geschäftsführer Erhard Meyer, Daniel Rohrbeck (1. Preis: Notebook), Lutz Lubosch (2. Preis: Palm), Nikita Ivanov (3. Preis: Büchergutschein), Prof. Dr. Winfried Huck, Karin Obst

Foto: B. Kaminski

August 2003

Prof. des Fachbereichs Recht für die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) der UNO in Brasilien

Die Internationale Atomenergiebehörde hat innerhalb der Vereinten Nationen die satzungsgemäße Aufgabe, Sicherheitsstandards zum Schutz der Gesundheit gegen die Auswirkungen ionisierender Strahlung zu errichten. Als Teil dieses Mandats hat die IAEA Bestimmungen über den sicheren Transport radioaktiver Stoffe herausgegeben und einen Service zur Begutachtung der Transportsicherheit (Transport Safety Appraisal Service (TranSAS)) errichtet, der auf Anfrage eines Mitgliedstaates der IAEA zum Einsatz gelangt. Die IAEA führte eine derartige Begutachtung in Brasilien vom 15. bis zum 16. April 2002 durch. Gegenstand der Begutachtung waren sämtliche relevanten Transportaktivitäten in Brasilien, national und international und auf allen Verkehrsträgern. Der im August 2003 publizierte Bericht (IAEA Safety Standards Applications - TranSAS 2) fasst die Ergebnisse der Untersuchung von 5 unabhängigen Experten zusammen, die an der Begutachtung teilnahmen. Prof. Dr. Winfried Huck, Fachbereich Recht, war als Mitglied des Expertenteams für die Beurteilung der rechtlichen Fragen zuständig, die mit dem Transport von radioaktiven Stoffen zusammenhängen.

IAEA Safety Standards Applications - TranSAS-2, 2003, ISBN 92-0-108903-1, English. 15.00 Euro

Link: http://www-rasanet.iaea.org/appraisals/appraisals.htm

Wolfenbütteler Professor bei J. Arafat

In der ersten August-Woche war Dr. Achim Rogmann, Professor am Fachbereich Recht der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel als Regierungsberater der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah tätig. Vorgestellt wurde der Entwurf für ein Zollgesetz für einen künftigen unabhängigen Staat Palästina, wie er in der sog. „Roadmap“ für 2005 vorgesehen ist. Höhepunkt des Besuches war eine Begegnung mit dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Jassir Arafat.

„Das Zollgesetz ist für Staaten, die in die Souveränität entlassen werden sollen, immer von besonderer Wichtigkeit“ meint Prof. Rogmann. „Der künftige Staat Palästina wird vom ersten Tag an im hohen Maße von Importen aller Art abhängig sein und über verlässliche Regelungen für den Außenhandel verfügen müssen“. Bislang ist das Palästinensische Territorium wirtschaftlich ein Teil Israels und unterliegt damit den entsprechenden Israelischen Gesetzen.

Vorausgegangen war ein Workshop im letzten September mit einer hochrangigen Palästinensischen Delegation in Münster, bei dem der Rahmen und die Kerninhalte des Gesetzesentwurfs festgelegt wurden. Auf dieser Basis erstellte Prof. Dr. Rogmann zusammen mit Prof. Dr. Hans-Michael Wolffgang vom Institut für Steuerrecht der Universität Münster den Gesetzesentwurf, der jetzt von beiden Professoren der Palästinensischen Regierung in Ramallah vorgestellt wurde.

Die Präsentation des Gesetzesentwurfes in Ramallah beinhaltete Gespräche mit dem Finanzminister, dem Minister für nationale Wirtschaft, dem stellvertretenden Justizminister, dem Leiter der Währungsbehörde und dem Zollchef. Empfangen wurde die Delegation auch vom Wirtschaftsausschuss des für die Gesetzgebung zuständigen Palästinensischen Legislativrates. Diskutiert wurden mit allen Entscheidungsträgern grundsätzliche Fragen einer künftigen Außenwirtschaftsordnung. „Auf dieser hohen Ebene ist man weniger an Detailfragen interessiert“ so Prof. Rogmann. „Es ging in den Gesprächen beispielsweise um die Frage, wie das Gesetz Palästina nach seiner Unabhängigkeit helfen kann, die wirtschaftlichen Probleme zu überwinden“.

Eine besondere Ehre war für die Professoren der Besuch bei Palästinenserführer Jassir Arafat, der seit mehr als anderthalb Jahren in seinem – größtenteils zerstörten - Hauptquartier „Mukata“ in Ramallah fest sitzt. Auch Arafat wurde ein Exemplar des Gesetzesentwurfs überreicht. Der Palästinenserführer bedankte sich bei den beiden Experten für ihre Unterstützung auf dem Weg zum unabhängigen Staat Palästina. Gewürdigt wurde gerade der deutsche Anteil an den internationalen Anstrengungen. Prof. Rogmann zeigt sich beeindruckt von der Begegnung mit dem Friedensnobelpreisträger, der seine Rolle als Brückenbauer zwischen der arabischen und der europäischen Kultur betont habe. Arafat habe sich aber auch enttäuscht über die Fortschritte im Friedensprozess gezeigt. Prof. Rogmann dazu: „Er hat uns klar gemacht, dass die Berliner Mauer mit 4 m Höhe nur halb so hoch war, wie die Sperrmauer, die derzeit mitten durch Palästinensisches Gebiet gebaut wird. So könne man den Friedensprozess nicht vorantreiben“.

Prof. Rogmann bei Präsident Jassir Arafat

Der Entwurf des Palästinensischen Zollgesetzes wurde im Anschluss an die Einzelgespräche in einem dreitägigen Workshop mit Experten aus Regierung, Verwaltung, Anwaltschaft und Wissenschaft diskutiert und die landesspezifischen Änderungen und Ergänzungen soweit wie möglich in das Papier einbezogen. Der Besuch der Experten in Ramallah zog auch das Interesse der Medien auf sich. Beide Professoren wurden vom Dubai Business Channel interviewt und Teile der Präsentation während des Workshops vom arabischen Fernsehsender Al Jazeera mitgeschnitten und ausgestrahlt. Nahezu täglich wurden in den lokalen Zeitungen Berichte vom Expertenbesuch aus Deutschland veröffentlicht.

„Amtssprachen“ bei dem Workshop waren Deutsch und Arabisch. Zwischen beiden Sprachen wurde durch einen Dolmetscher vermittelt. Viele der Palästinensischen Teilnehmer verfügen aber auch zumindest über Grundkenntnisse der Deutschen Sprache und waren sehr daran interessiert, ihre Sprachkenntnisse zu vertiefen. „Ein weiterer Beleg dafür, welch hohes Ansehen Deutschland bei den Palästinensern genießt“ fügt Prof. Rogmann hinzu und betont, dass ihn die Gastfreundschaft und Herzlichkeit der Partner die nach wie vor brisante Situation in Ramallah zumindest vorübergehend vergessen ließ.

Prof. Rogmann (r.) bei der Präsentation des Entwurfes mit Prof. Wolffgang (li.) und Übersetzer (Mitte)

Goslar: Derzeit keine Chance für Fachhochschule

HANNOVER. Die Landesregierung sieht derzeit keine Chance für einen Fachhochschulstandort Goslar.

Der Sprecher des Wissenschaftsministeriums, Thomas Reiter, bekräftigte gestern die Ablehnung eines neuen Standorts. Dies sei unter den gegenwärtigen Bedingungen „nicht darstellbar", sagte Reiter. Es scheine so, dass Wissenschaftsminister Lutz Stratmann Regierungschef Christian Wulff (beide CDU) von dieser Position überzeugen werde, meinte Reiter.

Zuvor hatte Wulff vor Journalisten den Standort Goslar zwar grundsätzlich als „große Stadt mit guten Voraussetzungen" verteidigt. Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel habe mittlerweile aber selber dem Ausbau ihrer vier Standorte den Vorrang vor einem weiteren gegeben. Zudem gebe es jetzt schon das Problem der Unterfinanzierung der Hochschulen. Zwar erklärte Wulff, es sei noch keine Entscheidung für oder gegen den FH-Standort gefallen. Es wird aber ausgeschlossen, dass sich das Wissenschaftsministerium im „Hochschuloptimierungskonzept" für einen neuen Standort ausspricht. ah

Wulff: „Ich bin weiterhin für Goslar“

400 Goslarer demonstrieren in Hannover für eine versprochene Fachhochschule

VON OLAF KUPFER

Hannover. Im Gegensatz zu seinem Nachfolger Christian Wulff (CDU) hatte der frühere Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) ein Heimspiel, als er gemeinsam mit Wulff an das Mikrofon vor rund 400 Demonstranten aus Goslar trat. Die waren eigens in acht Bussen angereist – um in Hannover ihrer Forderung nach einem Hochschulstandort Goslar Nachdruck zu verleihen. Sie forderten die Einlösung eines Versprechens.

Das nämlich war ihnen von Gabriel 2002 gegeben und von Amtsnachfolger Wulff anschließend bekräftigt worden: Der Fachbereich Recht solle aus der FH Wolfenbüttel ausgegliedert und in der Goslarschen Rammelsberg-Kaserne angesiedelt werden, die die Stadt bereits für 2,6 Millionen Euro gekauft hat. Der Plan droht angesichts der Sparzwänge der Landesregierung zu scheitern.

Doch vermied Wulff vor den Protestanten deutliche Aussagen und nahm stets Rückgriff auf die finanziellen Zwänge des Landes. „Eine Entscheidung fällt im Oktober“, sagte der Ministerpräsident. Er sei „natürlich weiterhin für den Hochschulstandort Goslar“. Doch lasse ihm das selbst auferlegte Sparprogramm derzeit kaum Spielraum.

„Wir haben auf unserem Weg noch einige Hindernisse zu überbrücken“, sagte Wulff: „Dazu gehört auch die Zustimmung des Wissenschaftsrates.“

Derweil gab Gabriel den Sohn der Stadt Goslar, der sich in Hannover allen Widerständen zum Trotz für seine Heimat einsetzt. Wulff werde nichts erreichen, „wenn die Standorte Wolfenbüttel und Goslar gegeneinander ausgespielt werden“, rief er und erntete dankbaren Applaus. Vielmehr sei die Landesregierung in der Pflicht, für die gesamte Harzregion etwas zu tun, weil hier in der Vergangenheit „vieles genommen wurde“. Eine Spitze an Wulff entlässt auch ihn nicht aus der Verantwortung: „Was ist das für ein Land, in dem der ehemalige und aktuelle Ministerpräsident für Goslar sind und beide es nicht im Kreuz haben, das durchzusetzen?“

Trotz aller Sparzwänge hoffen die Goslarer weiter. „Zuversicht“ verspürt Bürgermeister Otmar Hesse, dass das Geld für den Standort noch aufgetrieben wird. Für den 30. September hat Wulff eine Abordnung aus Goslar in sein Büro eingeladen. Dann wird man sich auch mit der Tatsache beschäftigen müssen, dass der Unmut der Studenten aus Wolfenbüttel wächst. „Die meisten von uns wollen gar nicht nach Goslar“, sagt Lysann Döring, Mitglied des Fachschaftsrates Recht an der Fachhochschule. In einer Befragung der Goslarer Wohnstätten-Gemeinschaft sprachen sich die rund 300 Wolfenbütteler Studenten mehrheitlich gegen einen Umzug ihres Fachbereichs nach Goslar aus.

Der Kommentar

Stoppt das Goslar-Projekt!

Vor keinem Vorwurf hat Ministerpräsident Christian Wulff offenbar so viel Angst wie vor dem, ein Wahlversprechen zu brechen. Das macht sein Zögern in der Frage, ob Goslar neuer Fachhochschulstandort wird, zwar verständlich, aber keineswegs verzeihlich. Wulff sollte sofort das unsinnige Goslar-Projekt stoppen und den Bürgern keinen Sand in die Augen streuen. Egal, was er Sigmar Gabriel versprochen hat.

Denn schon zu Amtszeiten seines SPD-Vorgängers war die Auslagerung des Fachbereichs Recht von der Fachhochschule Wolffenbüttel nach Goslar höchst fragwürdig – ein Prestigeprojekt Gabriels, das quer zu allen vernünftigen Hochschulplanungen lag. Denn wie soll man alteingesessenen Universitäten wie Göttingen, Hannover oder Oldenburg massive Kürzungen erklären, wenn man aus reinem Regionalproporz den Goslarern eine Hochschule schenkt?

Der Plan ist auch deshalb unsinnig, weil nur wenige Kilometer entfernt im Harz bereits eine Fachhochschule besteht – in Wernigerode. Also ab in die Schublade.

MICHAEL B. BERGER

Wo bitte darf gespart werden?

Mal marschieren Studenten, mal Theaterleute gegen den Sparkurs der Landesregierung. Gestern forderten 400 Goslarer in Hannover eine Fachhochschule für ihre Stadt. Die war ihnen vom früheren SPD-Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel (rechts) versprochen worden, der selbst aus Goslar stammt. Auch CDU-Ministerpräsident Christian Wulff (links) schien dafür zu sein – bis ihn seine Sparpläne zurückhaltender werden ließen. Beide jedenfalls diskutierten mit Demonstranten – ein ungewöhnliches außerparlamentarisches Kräftemessen während einer Sitzungswoche des Landtages. kup/dpa

▶ Seite 7

Chinesische Delegation bittet Fachbereich Recht um Unterstützung

Am 24.10.2003 war eine hochrangige chinesische Delegation unter der Leitung des Vizeministers Lu Qin Yi aus der Provinz Anhui der Volksrepublik China an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel zu Gast. Der Präsident der Universität Anhui sowie weitere Präsidenten und Direktoren chinesischer Hochschulen aus der Partnerprovinz Niedersachsens informierten sich auf ihrer Deutschlandreise unter anderem auch über das Angebot juristischer Studiengänge an niedersächsischen Hochschulen. Auf besonderes Interesse stieß dabei das Studienangebot des Fachbereichs Recht mit seinen Studiengängen "Wirtschaftsrecht" sowie "Recht der Informationstechnologie und der Kommunikationswirtschaft".

Foto: Obst

Nach der Vorstellung des den Studiengängen zu Grunde liegenden Konzeptes durch den Dekan des Fachbereichs Recht, Prof. Dr. Winfried Huck, wurde von Seiten des Vizeministers um Unterstützung bei der Ausarbeitung ähnlicher juristischer Studiengänge durch den Fachbereich gebeten. An den chinesischen Hochschulen sollen moderne juristische Ausbildungswege eröffnet werden, die vom Know-how des Fachbereichs Recht profitieren könnten. Die Professoren des Fachbereichs Recht wurden eingeladen, durch Beratung an der Gestaltung des juristischen Studienangebotes in der Provinz Anhui mitzuwirken.

2. CHINESISCH-DEUTSCHES WIRTSCHAFTSRECHTSYMPOSIUM "ERFOLG IN CHINA: RECHT, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Termin: 15.10.2003-16.10.2003
Ort: Aula des CDHK, Tongji-Universität, Shanghai

Programm

1. Tagungstag: **Mittwoch, 15. Oktober 2003**

Moderator: **Prof. Dr. Weida Wang**

09:30-10:30 Uhr **Begrüßung**

Herr Prof. Dr. Gang Wan
Präsident der Tongji-Universität und Direktor des CDHK

Herr Ahrens
Konsul, Generalkonsulat der BRD in Shanghai

Herr Ministerialrat Egbert Lindner
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Herr Changhao Gu
Vizedirektor des Rechtsamtes Shanghai

Herr Prof. Dr. Winfried Huck
Vizepräsident und Dekan des Fachbereichs Recht der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Herr R. Grolms
Mitglied der Geschäftsleitung der Siemens AG

10:30-10:45 Uhr Pause

Moderator: **Prof. Dr. Winfried Huck**

10:45-11:30 Uhr **Ministerialrat Egbert Lindner**
Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
"Forschungspolitik in Niedersachsen"

11:30-13:30 Uhr Mittagspause

Moderator: **Prof. Dr. Xiaohai Liu**

13:30-13:50 Uhr **Prof. Dr. Martin Müller**
Fachbereich Recht, FH Braunschweig/Wolfenbüttel
"Rezeption des deutschen Rechts in der VW China und dessen Auswirkungen in der Praxis"

13:50-14:10 Uhr **Prof. Dr. Achim Rogmann**
Fachbereich Recht, FH Braunschweig/Wolfenbüttel
"Staatliche Grenzen für internationale Verträge"

14:10-14:30 Uhr	Herr Edgar Isermann *Präsident des Oberlandesgerichts Braunschweig* **"Justizkultur versus Geschäftskultur?"**
14:30-14:50 Uhr	Frau Honghie Zhang *Master of Infrstructure Planning, Siemens AG, Berlin* **"Auswirkungen kultureller Unterschiede bei kritischen Vertragsstörungen"**
14:50-15:10 Uhr	Kaffeepause
Moderator:	Prof. Dr. Martin Müller
15:10-15:30 Uhr	**Prof. Dr. Xujun Gao** *CDHK Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftsprivatrecht* **"Streiten bezüglich des Arbeitsrechts im Prozess des Unternehmenskaufs"**
15:30-15:50 Uhr	Frau Mag. Ying Liu *Wiss. Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Wirtschaftsverwaltungsrecht* **"Beilegung von Streitigkeiten zu Arbeitsverträgen unter dem Aspekt von Drei-Parteien-Koordinations-Mechanismen"**
15:50-17:30 Uhr	**Diskussion**

2. TAGUNGSTAG: DONNERSTAG, 16. OKTOBER 2003

Moderator:	Prof. Dr. Xiaoguang Shan
09:30-09:50 Uhr	Herr Jürgen Dehn *Generalstaatsanwalt, Braunschweig* **"Der strafrechtliche Schutz des freien Wettbewerbs vor wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen sowie vor Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr"**
09:50-10:10 Uhr	**Prof. Dr. Winfried Huck** *Fachbereich Recht, FH Braunschweig/Wolfenbüttel* **"Prozess- und Ergebnisoptimierung durch Claimmangement - eine conditio sine qua non im Anlagengeschäft?"**
10:10-10:30 Uhr	**Ass. iur. Michael Klemt** *Siemens AG, Braunschweig* **"Die Bearbeitung öffentlicher Ausschreibungen aus China in einem deutschen Unternehmen"**
10:30-10:50 Uhr	Kaffeepause
Moderator:	Prof. Dr. Achim Rogmann
10:50-11:10 Uhr	**Dipl.-Wirt.-Ing. Ulrich Schwarze** *Siemens AG, Berlin*

	"Projektabwicklung und Verständnis im Hinblick auf Änderungen und Störungen in der Praxis"
11:10-11:30 Uhr	**Prof. Dr. Weida Wang** *CDHK* **"Probleme und Gegenmaßnahmen der Implementierung des Ausschreibungsgesetzes bei der Durchführung des öffentlichen Bauprojektes"**
11:30-13:30 Uhr	Mittagessen
Moderator:	**Prof. Dr. Yujun Gao**
13:30-13:50 Uhr	**Prof. Dr. Xiaohai Liu** *Vizedirektor des Kollegs für Urheberrecht an der Tongji-Universität* **"Überblick über den Schutz von Geschäftsgeheimnissen in China"**
13:50-14:10 Uhr	**Prof. Dr. Xiaoguang Shan** *Direktor des Kollegs für Urheberrecht an der Tongji-Universität* **"Die Lizenzverträge im chinesischen Kartellrecht"**
14:10-14:30 Uhr	**Prof. Dr. Xiaomin Fang** *Chinesisch-deutsches Forschungsinstitut für Recht an der Nanjing Universität* **"Einfluss des Wettbewerbsrechts auf den Unternehmenskauf"**
14:30-14:50 Uhr	**Herr Mag. Ming Pan** *Rechtsanwalt der Anwaltschaft Pan-Asia, Shanghai* **"Zum öffentlichen Angebot"**
14:50-15:10 Uhr	**Frau Mag. Li Li** *Wiss. Mitarbeiterin des Lehrstuhls für Wirtschaftsprivatrecht* **"Zu Rechtsproblemen bei Unternehmenskauf in China"**
15:10-15:30 Uhr	Kaffeepause
Moderator:	**Prof. Dr. Winfried Huck**
15:30-17:30 Uhr	**Diskussion**
Schlusswort:	**Prof. Dr. Winfried Huck**

ENDE DER VERANSTALTUNG